



Wohnungsnot trifft auch Betroffene von häuslicher Gewalt

Am 8. März findet der traditionelle Frauenkampftag statt. 1910 hatte ihn die Sozialistin Clara Zetkin angestoßen. Schon immer wird auf eine Vielzahl sozialer Themen aufmerksam gemacht. Was bedeuten Wohnungsnot und hohe Mieten in Freiburg für Frauen? Wir haben mit Martina Raab-Heck vom Freiburger Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt (FRIG) darüber gesprochen, inwiefern in ihrem Tätigkeitsfeld die Wohnungsnot in Freiburg eine Rolle spielt. Sie arbeitet seit neun Jahren in diesem Projekt und koordiniert alle Institutionen, die beim Thema partnerschaftliche Gewalt eine Rolle spielen. FRIG versteht partnerschaftliche Gewalt sowohl als häusliche Gewalt als auch als ex-partnerschaftliche Gewalt, inklusive Stalking, Zwang von Eltern gegenüber erwachsenen Kindern (z.B. bei Zwangsheirat), Gewalt von Kindern gegenüber Eltern, z.B. in einer Pflegebeziehung. Gewalt in der Familie oder unter Partnern trifft Menschen jeden Alters. Hierfür wurde die Institution FRIG 1998 gegründet. Nächstes Jahr feiert sie ihr 20. Jubiläum.

RaS: Was für einen Einfluss hat die Wohnungsnot in Freiburg auf die Situation von Betroffenen häuslicher Gewalt?

MRH: Es ist mit Sicherheit zur heutigen Zeit nicht so einfach, eine Wohnung zu finden als Betroffene von häuslicher Gewalt. Jedoch betrachtet man die Frauen, die im Frauenhaus sind, als Menschen, die einen gewichtigen Grund haben eine neue Wohnung zu bekommen. Es gibt eine gute Kooperation zwischen dem Amt für Wohnraumversorgung, das für die Verteilung von Wohnungen zuständig ist, und dem Frauen- und Kinderschutzhaus. Es wird darauf geachtet, dass die Frauen so schnell wie möglich aus dem Frauenhaus herauskommen und in eine neue Wohnung ziehen können.

RaS: Was könnte die Stadt Freiburg zusätzlich dazu beitragen, um Betroffenen von häuslicher Gewalt zu helfen?

MRH: Ich denke, das betrifft nicht nur die Betroffenen von häuslicher Gewalt, und es ist, was die Stadt gerade ohnehin schon tut: Sie versucht neuen Wohnraum zu schaffen. Generell haben wir alle Schwierigkeiten, Wohnraum zu finden, der einigermaßen bezahlbar ist. Unter diesen Umständen ist es gut, dass die Stadt die Anstrengungen unternimmt, um den Bedarf zu decken. Mehr Wohnraum wäre auch ein Signal für betroffene Frauen, diesen Schritt in die Freiheit tun zu können. Wenn man Gewalt in einer partnerschaftlichen Beziehung erlebt, gibt es zudem die Möglichkeit, sich die Wohnung zuweisen zu lassen. Sodass sich dann eben der Mann eine neue Wohnung suchen muss.

RaS: Inwieweit hängt es von der materiellen Lage der Betroffenen ab, ob und wie schnell sie eine neue Wohnung finden?

MRH: Das fällt mir schwer zu beantworten. Natürlich hat man mehr Auswahl, wenn man mehr Geld verdient. Selbst wenn ich ohne Not eine Wohnung suche, ist das der Fall. Wenn Sie z. B. Kinder oder ein Haustier haben, sind Sie auch nicht immer geeignet. Es ist vielfältig, aber man kann sagen: Je mehr Einkommen, desto besser.

Sie kommen ja selbst aus der Netzwerkarbeit und können sich vielleicht vorstellen: Wenn Frauen ein gutes Umfeld haben, ist es für sie leichter, sich aus einem gewaltvollen Wohnverhältnis zu befreien.

RaS: Was sagen sie Betroffenen, denen sie nicht helfen können? Wenn weder eine Wohnung frei ist und auch kein Zufluchtsort?

MRH: Zuflucht ist eigentlich immer gewährleistet. Wenn das Frauenhaus voll ist, wird versucht, an einen anderen Ort zu vermitteln. Es ist selten, dass eine Frau nicht in ein anderes Frauenhaus vermittelt werden kann. Selbst da ist es dann eben so, dass die Frauen für ein bis zwei Nächte in Hotels untergebracht werden. Keine Frau muss eine akute Gefährdungssituation aushalten. Wenn es zum Beispiel keine Freundin gibt, von der der Mann die Adresse nicht kennt, bei der für ein bis zwei Tage Unterschlupf gewährt werden kann, dann wird ein Hotelzimmer angemietet. Es wird viel unternommen.

RaS: Möchten Sie den Leser_innen noch etwas mitteilen?

MRH: Wichtig wäre, dass keine Frau – und natürlich auch kein Mann – Partnerschaftsgewalt aushalten muss. Und dass sich jeder Mensch in eine Beratungsstelle begeben kann oder darf und – wenn die Person gut für sich selbst sorgen möchte – auch muss. Auf jeden Fall gehen Betroffene mit einer neuen Perspektive aus so einer Einrichtung heraus. Es gibt ganz verschiedene Partnereinrichtungen in diesem Netzwerk, deren Telefonnummern wir mitgeben können oder mit denen wir direkt telefonieren können. Das ist der Vorteil, den unser Interventionsprojekt bietet: Dass es mit vielen Institutionen zum Thema Gewalt in einer Partnerschaft – oder Ex-Partnerschaft, denn manchmal fängt die Gewalt erst richtig an, wenn die Partnerschaft beendet ist – zusammenarbeitet. Und dass man sich an örtliche Beratungsstellen halten soll und nicht meinem muss, dass es irgendwie „gschamig“ sei, denn so etwas passiert sehr häufig. Nicht nur körperliche Gewalt, sondern auch psychische Gewalt, oder dass jemand den oder die Beziehungspartner_in daran hindert rauszugehen, Kontakte aufzunehmen, oder massiv über das Handy kontrolliert – auch das muss niemand aushalten. Man muss sich nicht schämen, wenn man selbst keine Lösung weiß, denn man kann andere fragen. Das würde ich gerne mitgeben, weil ich es immer wieder miterlebe in der Arbeit, dass sich ganz viele dafür schämen. Das muss nicht so sein, sollte jedermann wissen, und vor allem jede Frau! (Komplettes Interview auf www.rechtaufstadt-freiburg.de)

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! www.rechtaufstadt-freiburg.de

„RECHT-AUF-STADT“-NEWSLETTER

Mit unserem RaS-Newsletter informieren wir 2-3 mal im Monat über „Recht auf Stadt“ Themen.

Wer Infos will, einfach Email an info@rechtaufstadt-freiburg.de

- 10.03. 20:30 Uhr | *Recht auf Stadt – Netzwerktreffen* | „Büro für grenzenlose Solidarität“ (Adlerstr. 12)

- 24.03. 18:00 | *Treffen für wohnungspolitisch Interessierte und Aktive* | Syndikats-Büro (Adlerstr. 12 Grethergelände)



[FR] SOZIALER WOHNUNGSBAU LOHNT SICH

In einer Podiumsdiskussion des Bündnisses für eine soziale Stadt(bau) mit verschiedenen Gemeinderäten wurde insbesondere über die Frage diskutiert, ob man Schulden für den sozialen Wohnungsbau machen sollte. Dabei gehen selbst die Unabhängigen Listen dem Mythos auf den Leim, dass sich sozialer Wohnungsbau nicht lohne. Das Mieteshäusersyndikat macht es aber vor. Es gibt auch hier noch Rendite, die ist nur nicht ganz so hoch wie sie sich Investoren ohne soziales Gewissen erträumen. Bei der derzeit nicht vorhandenen Zinsbelastung lohnt es somit auf jeden Fall, Geld für den sozialen Wohnungsbau in die Hand zu nehmen. Gerade mit langen sozialen Bindungen würden Werte geschaffen, die dauerhaft der Stadtgesellschaft nutzen. Wer wie die Grünen von Generationengerechtigkeit spricht und sich deshalb gegen sozialen Wohnungsbau und die 50%-Quote ausspricht, blendet diesen Wert des sozialen Wohnungsbaus aus und lässt die soziale Gerechtigkeit links liegen.

[FR] VERDRÄNGUNG IM BINZENGRÜN DURCH FSB ERFOLGREICH

Die mit 4,2 Millionen € geförderte energetische Sanierung und Privatisierung des Weingartner Hochhauses Binzengrün 34 führt, wie erwartet, zu einer massiven Verdrängung. Von den BewohnerInnen von vormals 88 Stadtbauwohnungen werden nach derzeitigem Stand wohl nur noch 3 Parteien zurückkehren. Eine Partei macht vom Vorkaufsrecht Gebrauch und zwei Mietparteien werden zurückkehren. Ob der für ein Hochhaus überbezahlte Verkaufspreis von 3225 € pro qm auch noch zu Leerstand, wie etwa beim FSB-Projekt in Günterstal, führt, bleibt abzuwarten.

[FR] KAUFPREISE FÜR SELBSTNUTZER ZU TEUER

Laut einer Untersuchung des Handelsblattes ist Freiburg nach München die Stadt, in der sich ein Kauf einer Wohnung zur Selbstnutzung am wenigsten rentiert. Die Studie geht von einem kreditfinanzierten Kauf einer 80 qm großen Wohnung aus. 3,7% auf ihr Eigenkapital würde der teils kreditfinanzierte Kauf noch bringen, 2,3% Rendite auf die Gesamtinvestition. Mieten und Geld anders anzulegen hält das Handelsblatt für sinnvoller. Ob die derzeit wahn sinnigen Preissteigerungen beim Wiederverkauf hier berücksichtigt sind und ob man, wie es das Handelsblatt tut, in Freiburg wirklich von einem Vorteil für MieterInnen sprechen kann, bleibt offen.

ERFRORENE OBDACHLOSE

Seit 1991 sind in Deutschland nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mindestens 290 obdachlose Menschen erfroren.

Die Zahlen beruhen auf Schätzungen und der Sammlung von Medienberichten. Die Bundesregierung führt keine offizielle Statistik zu diesem Thema. Auch im Jahr 2017 hat es Berichten zufolge schon um die 10 wohnungslose Kältetote gegeben. Der Dachverband der Wohnungslosenhilfe bemängelt, dass man in vielen Landkreisen nach wie vor vergeblich nach Programmen der Kältehilfe sucht.

FRANKREICH: IMMER GRÖßERE WOHNUNGSNOT

Nach dem jährlichen Bericht der Fondation Abbé Pierre sind in Frankreich mittlerweile 12,1 Millionen Menschen erheblich von der Wohnungskrise betroffen. Sie leben auf zu engem Raum in schlechten Behausungen, sind von der Räumung bedroht oder selbst von billigen Mieten so überfordert, dass sie sich keine Heizung leisten können. Geschätzt wird, dass etwa 4 Millionen entweder gar keine Obdach haben, nur notdürftig untergebracht sind oder keinen persönlichen Raum haben. Innerhalb von 10 Jahren ist die Zahl an Personen ohne festen Wohnsitz um 50% auf 143.000 gestiegen. Seit dem Jahr 2000 sind die Energiepreise zudem um 70% gestiegen, so dass etwa 11 Millionen Menschen keine Mittel für eine ausreichende Energieversorgung haben.

[FR] BAUERN UND MIETERINNEN VERLIERER BEIM STADTTEIL DIETENBACH

Die Stadt Freiburg vermeldete einen Erfolg auf dem Weg zum neuen Stadtteil Dietenbach: "Ein von der Stadtverwaltung initiiertes Kooperationsmodell bietet die Möglichkeit, dass die Eigentümer durch die Sparkasse einen deutlich höheren als den gutachterlich festgestellten Preis für ihre Grundstücke erhalten und somit ein Großteil der Enteignungen verhindert werden kann." Die Einigung mit der Sparkasse beinhaltet, dass GrundstückseigentümerInnen 64 € pro qm bekommen. Damit steigen die Baukosten des neuen Stadtteils schon einmal massiv an, sodass die Zahl an bezahlbaren Wohnungen niedrig sein dürfte. Und die Einigung entschädigt zwar Grundstückseigentümer, nicht aber diejenigen die die Fläche nutzen, um dort Lebensmittel zu produzieren. Die meisten Bauern, die Felder im Bereich Dietenbach bewirtschaften, haben ihre Flächen größtenteils nur gepachtet. Ihnen droht der Verlust der Flächen, was existenzgefährdend sein kann. Die Pachtpreise gehen in die Höhe und gerade im Umkreis von Freiburg gibt es kaum Alternativen. Eine regionale Lebensmittelversorgung ist so kaum noch möglich.

[FR] IG SUBKULTUR GEGRÜNDET

Mitte Dezember hat in Freiburg ein nächtlicher Protestzug gegen die restriktive Politik

der Stadt Freiburg gegen die Kulturszene stattgefunden. Nun hat sich eine Interessengemeinschaft subKULTUR gegründet. Zunehmend, so die IG, gehen Orte verloren, an denen zuvor Menschen ihre Freizeit verbrachten und kreativ tätig sein konnten. Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten für Bands sind rar, Parties werden untersagt und Kneipen mit restriktiven Auflagen belegt. Teile des kulturellen Lebens, die für viele Menschen die Stadt lebenswert machen, drohen zu verschwinden. Die IG Subkultur, die sich als Lobby für die Subkultur versteht, fordert einen „Popbeauftragten“ und einen Dialog auf Augenhöhe.

VERSPÄTETE NEBENKOSTENRECHNUNGEN HINFÄLLIG

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshof müssen MieterInnen keine Nebenkostenabrechnungen begleichen, die nach mehr als 12 Monaten kommen. Ausnahmen gibt es nur wenige und nur, wenn VermieterInnen "konkret darlegen" können, dass sie die Verspätung nicht zu vertreten haben.

[FR] MEHR GEFAHRENGEBIETE, MEHR VIDEOÜBERWACHUNG

Badische Zeitung und Polizei haben es gemeinsam geschafft. Nun gibt es drei sogenannte Einsatz- bzw. Kriminalitätsbrennpunkte in Freiburg. Die Polizei hat hier das Recht, verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen. Diese Befugnis nutzt sie besonders gerne, um racial profiling, also Kontrollen einzig und alleine aufgrund der zugeschriebenen Herkunft einer Person, durchzuführen. Über dieses racial profiling berichtete kürzlich auch mal die BZ, die sonst munter mithalf, vermeintliche No-Go Areas zu konstruieren. Als solche Gefahrengelände gelten nun neben dem Stühlinger Kirchplatz auch Teile der Altstadt und der Colombipark. Am Stühlinger Kirchplatz wurden im Jahr 2017 bis Anfang Februar bereits acht 6-wöchige Aufenthaltsverbote erteilt. Stadt und Polizei überlegen nun gar, diese Orte durch sogenannte intelligente Videotechnik zu überwachen: Mit Kameras samt Gesichtserkennung und der Möglichkeit, nicht normkonformes Verhalten aufzuspüren. In Hamburg gab es gegen die Einrichtung eines Gefahrengeländes massiven Widerstand. In Freiburg wird der Widerstand gegen den Ausbau der Überwachung, der noch nicht einmal belastbares Datenmaterial zugrunde liegt, und der Einschränkung der Freiheitsrechte gering ausfallen.